

Streit um Eingreifen von Minister Lies

Kali-Abwasser: Grüne im
Landtag lassen Weisung prüfen

Giesen/Hannover. Die Grünen im Landtag kritisieren das Eingreifen von Umweltminister Olaf Lies (SPD) zugunsten des Bergwerksunternehmens Kali+Salz. Lies hatte den Landkreis Hildesheim angewiesen, den Plänen des Unternehmens für eine Wiederinbetriebnahme des Kaliwerks Siegfried-Giesen zuzustimmen. „Wir halten das Knebeldekret von Umweltminister Lies nicht nur für politisch falsch. Wir haben große rechtliche Zweifel, ob ein Minister einen demokratisch gewählten Kreistag anweisen darf, wann er wie zu entscheiden hat“, sagte Fraktionschefin Anja Piel.

Der Hildesheimer Kreistag hat die Entscheidung über das „wasserrechtliche Einvernehmen“ bisher nicht erteilt, weil die Salzabflüsse von der Althalde und der geplanten Neuhalde ein Risiko für den Fluss Innerste und das Grundwasser darstellen. Piel: „Wir werden diesen Vorgang von den Landtagsjuristen prüfen lassen und fragen unter anderem: Durfte der Minister eine solche Weisung erteilen? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?“

Lies hatte in der Weisung an den Hildesheimer Landrat Olaf Levonen (SPD) vom 5. November geschrieben, dass er die Einwände des Landkreises geprüft habe und ihnen nicht zustimmen könne. Gleichzeitig forderte er den Kreis auf, die wasserrechtlichen Erlaubnisse „umgehend zu erteilen“. Der Umweltminister setzte dafür eine Frist bis zum 20. November. Der Kreistag tagt erst am 6. Dezember wieder.

Das Land ist zwar zu einer solchen Weisung berechtigt, das Vorgehen ist aber eher selten – und wird auch von Naturschützern im Kreis Hildesheim heftig kritisiert. *sen*